

# ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus

der

DFG-VK



# Der Zweck heiligt die Mittel NICHT

Fragen und  
Perspektiven  
nach den  
Anti-Nato-Protesten





Fotos: Jürgen Gossling, Stefan Philipp

## Fragen und Perspektiven nach den Anti-Nato-Protesten

Die Demonstration in Straßburg war ein Desaster – für die Friedensbewegung und die Delegitimierung des Nato-Kriegsbündnisses. Grund genug, die Diskussion darüber, wie

und mit wem in Zukunft demonstriert werden soll, intensiv zu führen – und klare Entscheidungen zu treffen: Keine – weil falsche – Solidarität mit Gewalttätern!

*Von Stefan Philipp*

Nicht nur die Nato feierte Geburtstag. Zwei Wochen vor dem Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden beging der Bund für Soziale Verteidigung, in dem auch die DFG-VK Mitglied ist, sein 20-jähriges Bestehen. Der Gründungsvorsitzende Theo Ebert hielt unter der Überschrift „Gewaltfrei und demokratisch“ den Festvortrag, in dem er sich ausführlich mit Herkunft und Zukunft des BSV beschäftigte. Dabei kam der „Vater der sozialen Verteidigung in Deutschland“ auch auf

die bevorstehenden Anti-Nato-Proteste zu sprechen:

„Wenn man sich nach den pazifistischen Alternativkonzepten zur Nato umsieht, findet man wenig Konstruktives. In dem Aufruf, der zu Aktionen gegen das 60-jährige Jubiläum der Nato auffordert, ist man sich nur in den Negationen, nicht aber in den Positionen einig. Das ist auch kein Wunder, wenn man auf das Sammelsurium der Unterzeichner achtet. Bei einigen Organisationen gruselt es mir.“

Nach dem 4. April hat das Gruseln viele andere erfasst. Nach massiven Gewalttaten der beiden „schwarzen Blöcke“ – auf Seite der Polizei und der Demonstranten; Opfer beider: friedliche Demo-Teilnehmer – stellt sich für die Friedensbewegung die Frage: Wie und mit wem will sie zukünftig demonstrieren?

Das intensive Nachdenken darüber hat bereits begonnen und es kursieren zahlreiche kluge und inhaltlich gute Papiere aus verschiedenen Spektren. Klar



scheint danach zu sein: Es reicht nicht mehr aus, eine Verständigung über das Ziel einer gemeinsamen Aktion in einem Bündnis zu finden, mindestens genau so wichtig ist der Konsens darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Diese Diskussionspapiere sollen hier nicht referiert werden – jede und jeder kann sie nachlesen, z.B. unter [www.zc-online.de/nato-auswertung](http://www.zc-online.de/nato-auswertung). An dieser Stelle sollen einige Aspekte aus DFG-VK-spezifischer Sicht thematisiert werden; orientiert also an der Gewaltfreiheit und am Programm der DFG-VK, das davon ausgeht, dass der „politische Pazifismus kein spezifisches politisches oder soziales System“ propagiert, „aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Durchsetzung der Menschenrechte, die innergesellschaftliche Toleranz und den Schutz von Minderheiten sowie den Abbau struktureller Gewalt“ erkennt, wozu „eine maximale Beteiligung aller an politischen Entscheidungen und die umfassende Demokratisierung politischer Strukturen“ gehören.

**Wenn die Friedensbewegung** (oder auch andere Bewegungen oder Gruppen) zu einer „Demo“ aufruft, was will sie damit? Sie will auf etwas hinweisen, etwas zeigen, etwas darlegen, etwas beweisen – ganz im Sinne des lateinischen Verbs *demonstrare*, oder, wie es der Duden beschreibt, „seine Einstellung für oder gegen etwas in auffälliger Weise öffentlich zu erkennen geben“. Das scheint uns eine selbstverständliche Ausdrucksform zu sein, ein unzweifelhaftes Recht.

Dass es das nicht ist, zeigt der Blick in totalitäre Staaten. Die als Grundrechte garantierte und geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist auch eine Konsequenz aus der NS-Diktatur, was nicht geringgeschätzt und kampfflos aufgegeben werden sollte. Egal, wie man zum Staat Bundesrepublik Deutschland steht – und es besteht wohl Einigkeit in der Friedensbewegung, dass sie bei allen Missständen und aller Kritik jedenfalls kein diktatorischer, totalitärer Staat ist –, wäre es fahrlässig und dumm, die staatlichen Vertreter aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, sich an ihre eigene Geschäftsgrundlage zu halten. Diese ist im Wesentlichen, dass „Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung“ an das Recht jedes Einzelnen auf freie Meinungsäußerung, das Recht „aller Deutschen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waf-

fen zu versammeln“ sowie die anderen Grundrechte „als unmittelbar geltendes Recht gebunden“ sind.

Freilich: „Für Versammlungen unter freiem Himmel“ bestimmt Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes, dass das Versammlungsrecht „beschränkt“ werden kann. Diese Beschränkungen dürfen aber ganz sicher nicht so weit gehen, dass vom Demonstrationsrecht nichts mehr übrig bliebe. Der Artikel von Monty Schädel auf Seite 12 dieses Hefts schildert die Auflagen, die für die Demonstrationen in Baden-Baden und Kehl verfügt wurden. Sie machen deutlich, dass damit die „freie Meinungsäußerung“ unter „freiem Himmel“ exzessiv be-, wenn nicht gar verhindert werden sollte. Nach dem Geist dieser Restriktionen sollte man wohl schweigend, im Schrittempo und nackt demonstrieren (was dann aber wohl wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ wiederum verboten würde). Das Land Baden-Württemberg, nach dessen Versammlungsgesetz die Rahmenbedingungen der Demos geregelt wurden, probiert hier etwas, womit Bayern vor dem Bundesverfassungsgesetz bereits Schiffbruch erlitten hat. Dass eine Klage gegen die Auflagen erst in Monaten entschieden würde, ist natürlich Kalkül. Warum aber haben die Veranstalter nicht wenigstens versucht, einstweilige Anordnungen gegen einzelne oder alle Auflagen zu erwirken?

Dass das Bundesverfassungsgericht dem Demonstrationsrecht einen hohen Stellenwert beimisst, ist seit der berühmten Brokdorf-Entscheidung von 1985 bekannt. Dort heißt es u.a.: „Das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess und Willenbildungsprozess teilzunehmen, gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Diese grundlegende Bedeutung des Freiheitsrechts ist vom Gesetzgeber beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften sowie bei deren Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte zu beachten.“ Und weiter: „Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben. Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für be-

## Konfliktmanagement

Was mir neben den viel zu vielen Polizisten in grün aufgefallen ist, waren die Konfliktmanager, bestimmt ca. 30. Einer hatte sogar einen Friedenstaube-Button. Ich weiß, dass einige Demonstranten diese Beamten als eher störend empfunden haben. Bei mir, als jemand, der sich mit ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigt, hat deren Anwesenheit eher positive Gefühle ausgelöst. Ich habe mich daran erinnert gefühlt, dass der Bund für Soziale Verteidigung einst an der Polizeischule Hilstrup den Polizisten erklärt hat, wie gewaltfreie Konfliktbearbeitung funktioniert. Ich halte die inzwischen verbreiteten Deeskalationsstrategien für den richtigen Umgang mit Konflikten. Das große Problem ist natürlich, dass es diese martialischen und provozierenden Auftritte der Polizei nicht gänzlich ersetzt – und dass diese Konfliktmanager eben nur für die Demonstranten zuständig sind und nicht in eskalierende und provozierende Polizeiarbeit eingreifen dürfen. Dennoch: Dieser Ansatz ist der einzig richtige; und in seiner Funktion, weniger in seinen Mitteln ist er vergleichbar mit der Clown Army auf Demonstrantenseite: für Entspannung und Deeskalation zu sorgen, statt – wie die Franzosen auf der anderen Seite des Rheins – Gewalt sprechen zu lassen.

Stephan Brües, **ZivilCourage**-Reakteur und Vertreter der DFG-VK beim Bundes für Soziale Verteidigung



### Checkliste - Umgang mit Störern

Im Rahmen Ihres Einsatzes werden Sie es vermutlich auch mit Störern dieser Veranstaltung zu tun haben. Die überwiegende Mehrheit nutzt dabei friedliche Mittel, um ihre Ablehnung zu zeigen. Das ist grundsätzlich legitim und ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Es ist grundsätzlich ein höfliches, freundliches und kompetentes, aber auch konsequentes Auftreten anzustreben. Die Beachtung der nachfolgenden Punkte soll Sie hierbei unterstützen:

#### Handlungsempfehlungen

- Lassen Sie sich nicht provozieren. Bleiben Sie ruhig.
- Schaffen Sie Transparenz – auch gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien – für die polizeilichen Maßnahmen.
- Geben Sie, wann immer nötig, klare Anweisungen und setzen Sie Grenzen. Es gibt keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen.
- Erläutern Sie den Grund des Einschreitens und zeigen Sie verschiedene Lösungsmöglichkeiten auf.
- Erläutern Sie die Konsequenzen einer Weigerung und benennen Sie eine Zeitrahmen bis zur polizeilichen Umsetzung der angekündigten Maßnahme.
- Lockern Sie die Atmosphäre durch kommunikatives Auftreten auf. Signalisieren Sie Gesprächsbereitschaft.

Aus: Polizei Baden-Württemberg, BAO Atlantik: Einsatzhandbuch zum NATO-Gipfel am Oberrhein 3./4. April 2009

## Augenzeugenbericht Straßburg

Ich bin morgens gegen 8 Uhr 30 zu Fuß vom Peace-Camp Richtung Europabrücke losgegangen, da ich hoffte, dort um 11 Uhr den baden-württembergischen Ostermarsch zu treffen. Im Peace-Camp selbst gab es leider nur vage und sehr unterschiedliche Informationen über die für 13 Uhr geplante internationale Demo. Einige rieten generell ab, in die Innenstadt zu gehen, andere meinten, wir sollten versuchen, am Universitätsplatz um 13 Uhr zur zentralen Demo zu kommen. Mit einigen anderen Demonstranten kamen wir problemlos bis zu der ersten Brücke zur Innenstadt. Dort kamen uns allerdings schon besorgte Demonstranten entgegen, die abgewiesen wurden von einer sehr robust auftretenden Polizei und sich nicht mehr trauten weiterzugehen. Ich ging weiter Richtung Europabrücke und kam dort bis zu einer ersten Brücke im Bereich des Hafens, die komplett von der Polizei geschlossen war. Seitens der Demonstranten waren dort eine ganze Reihe deutscher und französischer Gruppen, teils organisiert, teils individuell. Aus nichtigem Grund wurde immer wieder Tränengas eingesetzt.

Gegen ca. 10 Uhr 30 entschloss sich die französische Polizei, vorzurücken und die Demonstranten zurückzudrängen. Einige wenige waren auch vom „Schwarzen Block“. Soweit ich es sehen konnte, wurden zwei festgenommen. Dann geschah das nächste Unverständliche. Die Polizei räumte die Brücke ganz und machte sich mit fast allen auf den Heimweg(?). Die Brücke und der Weg zur Europabrücke waren jedenfalls frei. Vielleicht ein dutzend Demonstranten nutzten die Gelegenheit und machten sich auf den Weg – vorbei am großen Platz, auf dem die französischen Freunde gerade ihre Stände etc. für die Kundgebung aufbauten.

So kam ich gegen 11 Uhr 50 auf die Brücke und ging bis zur Mitte. Am deutschen Ufer hatte die Polizei mit vielleicht 100 Mann und vier Wasserwerfern alles abgeriegelt. Dahinter sah man nach und nach den wartenden deutschen Demonstrationszug. Auf der Brücke traf ich noch zwei Friedensfreunde aus Karlsruhe, die von Kehl herüber gefunden hatten. Die Polizei fragte sie vor dem Passieren, wo sie hinwollten. Auf die Antwort „Nach Frankreich“ durften sie weiter. Es ging gut eine dreiviertel Stunde ins Land und nichts passierte. Da gutes Wetter war und die Stimmung allgemein gut und friedlich, blieb ich auf der Brücke und schwenkte meine Pace-Fahne. Ich wurde dabei, weil die andere Seite auch nichts anderes zu tun hatte, von Land, vom Wasser und auch aus der Luft fotografiert ohne Ende. Als ich einen Polizeifotografen nach Abzügen für mich oder einen Videoclip fragte maulte der nur dienstgemäß.

Etwas unruhiger, aber immer noch sehr locker, wurde es, als die Polizisten plötzlich den Befehl „Helm auf“ erhielten. Wir waren auf französischer Seite immer noch maximal zwei dutzend Leute. Ich war noch so naiv zu glauben, dass aus welchem Grund auch immer, die Polizeiarmada einschließlich der großen Wasserwerfer an mir vorbeigehen würde und ich den baden-württembergischen Ostermarsch mit der Pace-Fahne begrüßen könnte. Da ich aber vom Grundsatz her ein neugieriger Mensch bin und vielleicht auch aus Vorsorge fragte ich nach ca. zehn Minuten zwei Polizisten mit aufgesetztem Helm, was sie denn vorhätten. Antwort: „Das geht Sie nichts an.“ Der nächste sagte wenigstens: „Wenn Sie gleich noch auf der Brücke stehen, machen wir Sie platt!“ Meine freundliche Frage, was ich denn falsch machen würde, ich würde seit über einer Stunde auf meine Freunde aus Baden-Württemberg warten, die hier in friedlichem Demozug auf einer genehmigten Route nach Frankreich wollten, war offensichtlich dann doch zu viel – ich hörte als Antwort: „Noch ein Wort und wir nehmen Sie gleich in Gewahrsam.“ Meine Bemerkung „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn“ war dann doch eine Nummer zu kompliziert für die Herren in erster Polizeireihe. An einen Polizeioberen kam ich nicht heran. Von anderen Polizisten auf der anderen Brückenseite der ca. 20 Mann starken ersten Reihe bekam ich auch keine

bessere Antwort. Darauf ging ich zurück auf das französische Ufer und teilte auch allen anderen mit, es sei zu erwarten, dass die Polizei in geschlossener Formation über die Brücke wolle und keinerlei Rücksicht auf demokratische Demonstrationsrechte nehmen wolle, sondern alles, was auf der Brücke ist, „plattmachen“.

Erst nach dieser langen Zeit kamen von französischer Seite sehr viele Demonstranten zur Europabrücke, leider auch einige vom „Schwarzen Block“, die zunächst Fahnenstangen umknickten und ca. 50 Meter vom französischen Brückenkende weg Barrikaden bauten. Auf französischer Seite war gut eine Stunde lang kein einziger Polizist weit und breit zu sehen. Die deutsche Polizei stand unverändert mit aufgesetztem Helm und wartete – auf was auch immer. Als die erste Barrikade zu brennen anfang, kam nach vielleicht zehn Minuten die tolle Durchsage aus einem Polizeilautsprecher: „Was sie tun ist strafbar. Dies ist die erste Ansage. Es ist 13 Uhr 15.“

Mit den Leuten vom „Schwarzen Block“ war leider überhaupt nicht zu reden. Weder der Versuch einer Diskussion, noch martialischere Versuche einer Diskussion „Macht keinen Scheiß, das schadet uns“ zeigten die geringste Wirkung. Ordner von Seiten der Veranstalter der Demo habe ich leider auch nicht gesehen. Die Gewalt nahm ihren Lauf. Erst brannte die ehemalige Zollstation, dann ein kleineres Haus weiter in Frankreich, dann das Hotel Ibis.

Aus meiner noch frischen Sicht (*geschrieben eine Stunde nach der Rückkehr von Straßburg in Balingen – Anm. d. Red.*) haben drei Tatsachen leider zu der sich nach und nach verstärkenden sinnlosen Randal geführt: 1) Die deutsche Polizei verhinderte den geplanten Demonstrationszug über den Rhein. Wäre dieser, wie genehmigt, rechtzeitig marschiert, hätte auf dem Platz mit der Kundgebung eine große friedliche Manifestation stattgefunden. 2) Nachdem die ersten Reifen brannten, passierte gut eine Stunde nichts. Von Seiten der deutschen Polizei lediglich die weitere Durchsage: „Sie machen sich strafbar, das ist jetzt die zweite Ansage, es ist 13 Uhr 38“. 3) Die französische Polizei war auf dem ganzen Platz von der Europabrücke bis zu den ersten Brücken im Hafen völlig abwesend. Erst als das Hotel brannte, kamen Polizisten ohne Ende, mit mobilen Einsatzkräften, mit Schützenpanzern, mit Räumgeräten. Übrigens auch sehr viele deutsche Polizisten, die auf der französischen Seite waren.

Alle Demonstranten waren dann bis fast 17 Uhr auf der Insel „eingesperrt“ und mussten warten, bis die Brücken nach Straßburg freigegeben wurden. Nach zwei Stunden Fußmarsch waren wir wieder im Camp und hatten eine ruhige Nacht. Am Morgen wurde mir noch zum Abschluss bei einer Ausfahrtkontrolle durch Zivilpolizisten ca. einen Kilometer vom Camp weg ein Schweizer Taschenmesser (kleine Ausführung) abgenommen. Als ich dafür eine Quittung wollte, kam ich mit Leibesvisitation und ohne Quittung davon, was mir dann doch lieber war als zwei Stunden weitere Autokontrolle, bei der sie mir konsequenterweise auch noch das Autowerkzeug hätten abnehmen müssen, da dies weit militanter ist als das Taschenmesser.

Wolfgang Strasser, DFG-VK-Mitglied aus Balingen



Brennendes Ibis-Hotel

hördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.“

**Mit einer solchen Kooperation** ist sicherlich ein höchst problematischer Bereich angesprochen. DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel, der bereits bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und auch jetzt bei allen Verhandlungen mit den Behörden beteiligt war, kommt (in einer ersten Auswertung für den Vorbereitungskreis „Nein zur Nato“-Proteste) zum Ergebnis: „Wer heute noch an eine Partnerschaft mit einer Behörde oder der Polizei glaubt, egal ob sie in Anzug und Hemd, der dunkelblauen oder schwarzen Kampfuniform mit Waffen, Schild und Helm oder aber mit bunten Westen als Konfliktmanager daherkommen, sollte sich aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus halten. Alle die uns Gegenüberstehenden stehen uns zuerst gegenüber. Ich spreche ihnen als System die Bereitschaft zur Partnerschaft ab, selbst wenn es unter ihnen einige geben mag, die zu einer Partnerschaft bereit wären. Solange sie aber in dem System mitmachen, funktionieren sie so, wie das System es will – und das heißt: nicht mit uns, sondern gegen uns zur Durchsetzung der Regierungspolitik aus Krieg, Militarisation der Gesellschaft, Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, Minimierung sozialer Rechte und Kriminalisierung dagegen gerichteter Bewegung.“ Starker Tobak: Alle Beamten letztlich nur Büttel des Kriegs- und Unterdrückungssystems? Fallen einem doch auf Anhieb mehrere Handvoll DFG-VK-Mitglieder ein, die als beamtete LehrerInnen ihren Lebensunterhalt verdienen, und auch sonst dürfte es in der Friedensbewegung Tausende staatlich alimentierter Beamter geben.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag hat in seinen Überlegungen „Wie weiter nach Strasbourg?“ formuliert, dass die Friedensbewegung „bekanntlich vor allem darauf“ setzt, sich „in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen ‚Großgruppen‘ (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen.“ Richtig, und deshalb: So wenig man sich als Gewaltfreier von so genannten Militanten vorzuwerfen lassen braucht, man sei naiv (weil man weiß, dass die gewaltbefürwortende und -ausübende Militanz genau das hervorruft, ausübt und



bewirkt, was sie bekämpfen will), sollte man in ein Schwarz-weiß-denken verfallen.

Niemand kann Monty Schädel seine Erfahrungen absprechen. Aber in seinem eigenen Auswertungspapier wirbt er im Blick auf die notwendige Aufarbeitung dafür, „dass nicht alle subjektiven Eindrücke generalisiert werden können.“ In der Tendenz hat er sicherlich Recht, aber wo waren im Vorfeld oder auch kontinuierlich die Kontakte zu den DGB-Kollegen der Gewerkschaft der Polizei? Sicherlich kein einfacher Kontakt, zumal dann, wenn man vom GdP-Vorsitzenden Freiberg in seiner Presseerklärung vom 4. April lesen muss, dass er den „Polizeieinsatz auf deutscher Seite des Nato-Gipfels“ als „vorbildlich“ beschreibt. Dennoch ein zwar schwieriger, aber unerlässlicher Kontakt.

Oder wo war im Vorfeld das Gespräch mit der FDP, die in Baden-Württemberg an der Regierung beteiligt ist? Sicherlich auch schwierig und mühsam, aber es gibt in dieser neoliberalen FDP auch einen bürgerrechtlichen Flügel. Trägt z.B. der uneingeschränkt beide Maximen mit, wie sie der höchste Verantwortliche für den Polizeieinsatz, der Leitende Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Bernhard Rotzinger, vorgegeben hat: „Die Sicherheit der Staatsgäste und aller Delegationsteilnehmer muss jederzeit gewährleistet sein. Der störungsfreie Verlauf aller Veranstaltungen einschließlich der Rahmenprogramme hat oberste polizeiliche Priorität.“ Der erste Satz scheint mindestens nachvollziehbar, der zweite ist aus grundrechtlicher Sicht schlicht falsch: Auch Staatsgäste und ihr Gefolge haben es in einer Demokratie auszuhalten, sich durch friedlichen Protest „gestört“ zu fühlen. Das wird jeder grundrechtsliberale FDPler unterschreiben können.

**Das Streben nach** „Veränderungen in den Köpfen der Menschen“ hin auf eine gewaltfreie Orientierung und mit menschenrechtlich orientierter Perspektive führt direkt zu der Frage nach den Bündnispartnern der DFG-VK.

Versteht man Gewaltfreiheit im Gandhi'schen Sinne als aktives Tun, für das bewusst auch Nachteile in Kauf genommen wird, das stets offen agiert und die volle Verantwortung dafür übernimmt, das das Leben, die Integrität und die Würde des Kontrahenten unter allen Umständen respektiert, dann wäre das ein sehr hoher Anspruch, der den Kreis

## Augenzeugenbericht Straßburg

**9.55 Uhr.** Wir fahren mit drei bis auf den letzten Platz besetzten Bussen von Freiburg zur Demonstration ins 90 Kilometer entfernte Straßburg. Einer nach Kehl, zwei nach Straßburg, gewöhnlicherweise ein ansehnliches Ausflugsziel, in einer Stunde erreichbar. Gewöhnlicherweise. Dass heute alles anders sein wird, können wir allenfalls erahnen. Da die Autobahn nach Norden im Bereich Kehl gesperrt sein soll, wählt unser Busfahrer die Route elsasseits am Rhein entlang. Entspannte Stimmung, Vorfreude, noch.

**10.27 Uhr.** Die wenigen Kilometer bis zur deutsch-französischen Grenze liegen hinter uns. Passkontrolle. „Wir haben einen Treffer im Bus!“ erklärt einer der Polizisten emotionslos. Nach einer Wartezeit von anderthalb Stunden entpuppt sich der „Treffer“ im anderen Bus als „abgelaufener Ausweis“. Erst jetzt dürfen die beiden Busse den Rhein überqueren.

**11.55 Uhr.** Französische Polizisten, nahezu an jedem Kreisverkehr stehend, leiten unsere Busse mal in Richtung Straßburg, mal in Richtung Vogesen, bis an deren erste Ausläufer, wiederholt sogar zurück in Richtung Breisach. Was anfangs noch recht unterhaltsam wirkt, entpuppt sich alsbald als Schikane ohnegleichen. Irgendwann erreichen wir ein Hinweisschild mit der Entfernungsangabe „Strasbourg 24“. Eine halbe Stunde später heißt es „Strasbourg 20“. Laufen oder gar Fahrradfahren ginge schneller voran.

**14.15 Uhr.** Vier Stunden und zwanzig Minuten nach Reisebeginn erreichen wir Straßburg. Begrüßt von einer bedrohlichen Rauchwolke, aufgeregt gestikulierenden und eindringlich vor Gewaltexzessen warnenden Friedensbewegten beschließen einige von uns spontan, den Tag im nächstbesten Straßencafé zu verbringen. Ich gehe in einer Kleingruppe zaghaft in Richtung der dunklen Wolke, überall stehen bewaffnete Spezialeinheiten der französischen Polizei in bedrohlicher schwarzer Montur.

**Gegen 14.50 Uhr.** Ich laufe an rund zwanzig weißen Polizeifahrzeugen vorbei, die mitten auf der Straße stehen, in ihnen warten zahlreiche Uniformierte. Einer inneren Intuition folgend verlasse ich die Straße und besteige einen Bahndamm, der Sicherheit verspricht und beiderseits eine gute Aussicht. Von hier oben kann ich auf der gegenüberliegenden Seite erkennen, wie sich der Kundgebungszug nähert. Tausende friedlicher Demonstranten, Parolen rufend, vielsprachige Anti-

Nato-Transparente tragend. Unter ihnen viele schwarz verummte Menschen, erschreckend viele, je nach Abschnitt sogar mehr als die Friedensaktivisten. Im Hintergrund steigen Tränengaswolken auf, Schockgranaten knallen, verschossen von Polizisten. Warum die Sicherheitskräfte derart drastische Maßnahmen ergreifen, kann ich nicht nachvollziehen. Womöglich sind es die brennenden Häuser, entzündet aus dem schwarzen Block gewaltbereiter zumeist jugendlicher Anti-Nato-Aktivisten, die jegliche Hemmschwellen fallen lassen. Unbeirrt setzt der Demonstrationzug seinen Weg fort, läuft unter dem Bahndamm hindurch und trifft logischerweise auf besagte Polizeifahrzeuge, die blockadegleich den Weg weitgehend versperren. Die Fahrer hupen, fahren sogar langsam in Richtung der Demonstranten los. Jetzt brechen, wen wundert's, sämtliche Dämme, die Gewalt entlädt sich. Die zumeist Vermummten



ergreifen die Gelegenheit, nehmen die zuhau am Bahndamm herumliegenden Steine und werfen die Polizeifahrzeuge. Man spricht Deutsch. Steine fliegen, Glas splittert. In ihrer Not fahren die Polizeifahrzeuge konfrontativ in den Demonstrationzug hinein – und das, obwohl rechter Hand ausreichend Platz zum Ausweichen gewesen wäre. Keiner der Polizisten traut sich aus den Fahrzeugen heraus, zu

Recht, für sie bestünde Lebensgefahr. Minuten später ist der Spuk vorbei, der Demonstrationzug in Richtung der Hafenanlagen weiter gezogen, wo die offene Feldschlacht ihren Lauf nimmt. Die meisten Friedensbewegten, mich eingeschlossen, halten sich fern. Was bleibt ist eine von Steinen und Glassplittern übersäte Straße und eine Menge Fragen. Ist die französische Einsatzleitung tatsächlich heillos überfordert gewesen? Sind die polizeilichen Spezialeinheiten von der eskalierenden Gewalt überrascht worden? Falls ja, haben sie völlig versagt. In mir regt sich allerdings der Verdacht, dass das Szenario genau so gewollt gewesen und dementsprechend provoziert worden ist. Sollten hier Bilder gewalttätiger Demonstranten erzeugt werden, die den gewaltigen Polizeiaufmarsch beiderseits des Rheins nachträglich legitimieren?

**Als wir um 18.00 Uhr** nach Freiburg zurückfahren, herrscht weitgehend enttäuschte bis besinnliche Stille, die Euphorie sonstiger Demonstrationstouren – denken wir nur an Büchel – will verständlicherweise nicht so recht aufkommen.

Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher

möglicher Bündnispartner massiv beschränken würde. (Und fraglich wäre im Übrigen, ob ein solches Verständnis überhaupt von allen DFG-VK-Mitgliedern geteilt würde.) Unstrittig in der DFG-VK dürfte aber sein, dass Aktionen so angelegt und durchgeführt werden

müssen, dass sie friedlich, gewaltlos und die Verletzung anderer Menschen ausschließend sind. Die Übertretung von Gesetzen wäre damit grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Ausübung zivilen Ungehorsams wäre vielmehr Bestandteil dieses Verständnisses. Gleich-

zeitig wäre aber auch die Trennlinie eindeutig fixiert: Der kategorische Ausschluss menschenverletzender Gewalt. Dafür braucht sich eine Organisation wie die DFG-VK nicht zu rechtfertigen, dafür muss sich kein DFG-VK-Mitglied entschuldigen. Dem Vorwurf der „Spaltung“ (der Friedensbewegung) würde man begegnen mit: „Ja! Genau diese wollen wir – an der Frage der menschenverletzenden Gewalt. Wer mit uns gemeinsam eine Aktion machen will, der muss sich dafür auf diese Bedingung einlassen. Wer an einer unserer Aktionen teilnehmen will, der muss diese Voraussetzung in seinem Handeln erfüllen. Keine

### Augenzeugenbericht Kehl

Wir hatten uns ganz vorne im Ostermarschzug eingereiht und waren im dichten Gedränge noch nicht weit gegangen, als ich Parolen gegen die Polizei vernahm, gebrüllt unmittelbar aus den Reihen hinter mir. Mir fielen nun immer mehr schwarz gekleidete Menschen auf, die nach vorne drängten. Gleichzeitig liefen behelmte Polizisten links und rechts des Demonstrationzugs mit. Mir war zunehmend unwohl in meiner Haut, weil das, was ich hörte, nichts mit einer gewaltfreien Haltung zu tun hatte. Immer mehr sah ich mich von schwarz Bekleideten umringt. Allerdings wollte ich da vorne nicht einfach den Platz räumen, weil ich ganz am Beginn des Demonstrationzugs Freundinnen und Freunde von der DFG-VK und vom Ökumenischen Netz Württemberg mit ihren Transparenten wusste und nicht wollte, dass diese plötzlich nur noch schwarze Gestalten in ihrem Rücken und an ihrer Seite hatten. Viel Zeit zum Nachdenken blieb allerdings nicht, denn bald darauf wurde die Demonstration von der Polizei gestoppt. Die Stimmung um mich herum kochte hoch. Vor uns einige Wasserwerfer und unzählige Polizisten, neben uns ebenfalls. Mir wurde es schon mulmig. Was, wenn nun die Polizei plötzlich gegen die Demonstranten losgeht – weil sie sich provoziert fühlt oder aus anderen Gründen. Und dann wohin in diesem dichten Gedränge, eingezwängt zwischen so vielen Menschen? Nach einigen höchst angespannten Minuten kam ein erstes Gefühl von leichter Entspannung in mir hoch, als ich einige Menschen vom Tübinger Bloch-Chor sah, die wenige Meter vor mir zu singen angingen. Nach langem Warten war klar, dass die Demonstration trotz aller Verhandlungen endgültig nicht mehr ihren Weg fortsetzen durfte. Natürlich war das frustrierend. Und andererseits hätte ich gar keine Lust darauf gehabt, in gewalttätige Auseinandersetzungen zu geraten.

Michael Schmid, DFG-VK-Gruppe Gammertingen



Foto: Stefan Philipp

Organisation und keine Einzelperson wird gezwungen, mit uns zusammenarbeiten, an unseren Aktionen teilzunehmen.“ Für PazifistInnen heiligt der Zweck die Mittel nicht, im Gegenteil bilden ihre Methoden das angestrebte Ziel bereits ab.

Was hat den Erfolg der Ostermarsch-Bewegung der 1960-er Jahre ausgemacht, die ein Umdenken im „kalten Krieg“ mit angestoßen hat, den Wahnsinn der atomaren Abschreckung für zunehmend mehr Menschen deutlich gemacht hat, die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung zu einer Massenbewegung mit befördert hat? Ihre klare Absage an Gewalt.

### Augenzeugenbericht Kehl

Bei der Demonstration lief ich mit Leuten der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden im hinteren Zugteil und musste mir das aufdringliche Gequatsche der MLPD mit ihrem „offenen Mikrofon“ anhören, dem man nicht ausweichen konnte. Deren Themen hatten mit der Demonstration sehr wenig zu tun. Am Ende des Demonstrationzugs fuhren mehrere Fahrzeuge der Polizei und mehrere Dutzend Polizisten riegelten den Zug ab. Man konnte zwar aus der Demo raus, aber falls es zu Auseinandersetzungen gekommen wäre, hätte uns die Polizei eingekesselt. Da die Demonstrationsteilnehmer allesamt friedlich gestimmt waren, kam es zu keinerlei Provokation mit der Polizei. Als der Zug vor dem Grenzübergang ins Stocken geriet und mehrere Stunden nicht von der Stelle kam, blieb es ruhig. Von Seiten der Demoleitung gab es keine Infos, ob und wann wir über die Europabrücke können. Es gab vereinzelt Infos von den Anti-Konflikt-Teams der Polizei, die aber nicht überprüft werden konnten. Woher die Polizei ihre Infos hatte, war nicht nachvollziehbar. Als auf der anderen Rheinseite schwarze Rauchwolken in den Himmel stiegen, kam etwas Unruhe auf. Es war klar, dass es dort zu Auseinandersetzungen gekommen war. Per Handy gab es vereinzelt Infos, was dort passiert war. Von der Polizei wurde per Durchsage bekannt gegeben, dass uns der französische Präfekt die Einreise verweigert und die Europabrücke gesperrt bleibt. Dies wurde mit Pfiffen quittiert. Für uns Demoteilnehmer war lange unklar, wie es auf deutscher Seite weitergeht. Seitens der Demoleitung gab es keine Infos, sodass wir auf die Durchsagen der Polizei angewiesen waren. Nach und nach gingen viele Demoteilnehmer aus dem Zug nach Hause. Es blieb der „harte Kern“ derer, die mit den Bussen angereist waren und deren Rückreise für 17 Uhr geplant war.

Klaus Pfisterer, Sprecher des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg



Foto: Stefan Philipp

Was hat den Erfolg der Friedensbewegung gegen die Aufstellung neuer atomarer Raketen in den 1980-er Jahren mit der Teilnahme Hunderttausender an Demonstrationen und Tausender an Blockade-Aktionen und der Zustimmung von Millionen zu ihren Forderungen bewirkt? Ihre friedliche Orientierung, ihre gewaltlosen Aktionsformen.

Es ist ein Märchen zu glauben, man könnte die Meinungsführerschaft als Friedensbewegung in der Bevölkerung gewinnen, wenn man gewaltförmige Methoden nicht klar ausschließen, Zweifel an der friedlichen Orientierung zulassen würde.

Was aber ist mit den Agents Provocateurs, von denen man weiß, dass es sie

### Augenzeugenbericht Straßburg

Am Donnerstag, 2. April, erkundeten wir (Christian und ich; beide von der DFG-VK-Gruppe Kiel) das Gebiet um die Europabrücke und den geplanten Auftakt- und Abschlussort für die Großkundgebung am Samstag. Bereits unterhalb der Europabrücke wurden wir von französischen Polizisten gestoppt und durchsucht (Taschenkontrolle). Wir durften dann weitergehen. Nächste Kontrolle – kurz und oberflächlich – durch deutsche Polizisten am Grenzkontrollhäuschen (das am Samstag abgebrannt wurde). Nächste Kontrolle durch französische Polizisten, obwohl wir uns wieder auf nicht gesperrten Wegen aufhielten. Es kamen zwei weitere Polizeiwagen hinzu. Wir wurden mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt und in zwei Polizeiautos verfrachtet. Mit „Tatütatä“ ging es ins nächste Polizeirevier, wobei sich die drei Polizisten bei mir im Wagen wie große Kinder über diese Fahrt freuten und herumalberten. Im Polizeirevier mussten wir dann drei Stunden verbringen, bis endlich die Dolmetscherin zur Verfügung stand. Christian wurde während dieser Zeit sein – auf Französisch geäußertes – Wunsch verwehrt, zur Toilette gehen zu dürfen. Ich wurde als Erster verhört, dabei wurden Daten über meine Eltern und mich erfragt und aufgenommen. Letzte Frage der Dolmetscherin (die mit 40 Euro Stundenlohn bezahlt wurde) an mich war „Und Sie wissen nun wahrscheinlich gar nicht, warum Sie hier sind“, was ich bejahte. Nach kurzer Rücksprache mit einem Staatsanwalt durften wir wieder gehen – und setzten unseren Erkundungsgang wie geplant fort. Christian musste zuvor eine „Pace“-Fahne und eine Tränengasbrille abgeben.

Gottfried Müller, DFG-VK-Gruppe Kiel



Foto: Gottfried Müller



gab und gibt, dass sie wohl auch in Straßburg „zum Einsatz“ kamen? Denn natürlich konnten die Staats- und Regierungschefs der in Straßburg versammelten Nato-Mitglieder nichts dringender brauchen als die Bilder Steine werfender Demonstranten, verummter Gewalttäter, brennender Gebäude. Nichts hätte die Legitimation ihrer Kriegspolitik stärker in Frage gestellt und die faktische Besetzung einer ganzen Region und die Verhängung des Ausnahmezustands über ihn stärker deutlich gemacht als Zehntausende, die friedlich und selbstbewusst ihr Gesicht zeigend ihre Ablehnung der Nato bekundet hätten und von einer ebenso großen paramilitärischen Polizeitruppe bedroht und angegriffen worden wären. Insofern kann man davon ausgehen, dass es in Straßburg staatliche gelenkte Provokateure gab, die gemeinsam mit nichtstaatlichen Gewalttätern die Tausende fried-

### Augenzeugenbericht Straßburg

Ausgestattet mit einer Kameraausrüstung machen wir uns auf den Weg ins Stadtzentrum, um Kundgebungen, Aktionen Zivilen Ungehorsams und ggf. Polizeigewalt zu dokumentieren. Mit unseren Presseausweisen passieren wir mehrere – nicht alle – Sicherheitskontrollen. Wir treffen nach vielem Hin und Her auf eine 20-köpfige Schar von Clowns und später auf eine Blockade von 200 Leuten im nordöstlichen Stadtzentrum, die aber gerade (freiwillig) aufgelöst wird. Wir wollen zur Rheininsel, was über eine Stunde dauert: Überall Sperren, Umleitungen. Schwarze Rauchwolken am Himmel. Beim Verlassen des Stadtzentrums warnt uns die Polizei: Zurück ließen sie uns nicht mehr. Wir gehen weiter. In der Ferne beständiges Detonieren von Schockgranaten. Vor der Vaubant-Brücke: Der Straßenrand zu beiden Seiten übersät von leereschossenen Tränengaskartuschen, die Luft ein Gemisch aus Rauch und Gas, die Leute waschen sich die Augen aus. Wir erfahren, dass diese Brücke, für Tausende der einzige Zugang zur Demo, stundenlang gesperrt war. Im Moment gibt es ein Schlupfloch, aber die Polizei fährt große Absperrgitter heran. Offenkundig ist: Wer weitergeht, kommt nicht zurück, die Insel wird zum Kessel. Hinter diese Gitter wollen wir nicht. Also zurück, 1.000 DemonstrantInnen kommen uns entgegen (woher kommen die bloß?). Nervöse Polizisten brüllen nicht die Demo an, sondern die Jugendlichen aus den nahen Plattenbauten, vor denen sie offenbar mehr Angst haben...

Frank Brendle, **ZivilCourage**-Redakteur und Mitglied im DFG-VK-Landesvorstand Berlin-Brandenburg



Foto: Jürgen Gahrlein

licher DemonstrantInnen faktisch in Geiselschaft genommen und deren Anliegen desavouiert haben.

Was also tun mit den Agents Provocateurs? Wenn eine Aktion eindeutig als friedlich und gewaltlos angelegt und die Teilnahme daran mit dem Einverständnis dieser Bedingung verbunden wäre, dann würden die nichtstaatlichen Steinerwerfer nicht kommen. Jeder, der zur Gewaltanwendung aufstachelt, der selbst welche ausübt, wäre ein staatlich entsandter Agent Provocateur – und könnte bedenkenlos seinen eigenen Leuten übergeben werden. Das wäre im Übrigen auch keine „Zusammenarbeit mit der Polizei“, wie sie von anarcho-pa-

### Augenzeugenbericht Straßburg

Auf den ersten Blick sah die Rheininsel zwischen Straßburg und Kehl, auf der die Demonstration beginnen sollte, recht ruhig aus: im Norden Hafen, im Süden Park und dazwischen nur ein paar Häuser. Doch schon der zweite Blick belehrte mich eines Besseren. Nur wenige Brücken führten in diesen Hochsicherheitstrakt. Diejenige im Norden, auf der ich es zuerst versuchte, war für jeden Verkehr völlig gesperrt. Diejenige im Nordosten war zwar auch für jedes andere Fahrzeug durch unzählige Polizeifahrzeuge blockiert, zu Fuß hatte ich aber keine Probleme. Erst später hörte ich, dass sie kurz zuvor und kurz danach ebenfalls völlig gesperrt war. Lange sah ich nur wenige wie mich auf dem Weg zur Kundgebung, einzelne auf dem Weg zurück und am Himmel eine erste Rauchsäule. Hinter einem Bahndamm sah ich dann die ersten Randalierer, die gerade auf einer Kreuzung Überwachungskameras von Laternenposten und Schnapsflaschen aus einer Hotelbar holten. Dieses Hotel schien schon leer und sollte später noch völlig ausbrennen. Weit und breit keine Polizei! Hinter der nächsten Ecke sah ich endlich die eigentliche Kundgebung: Oben auf der Bühne sprach Reiner Braun ein leichtes, doch lösbares Problem mit der Route an. Hinter dem Platz stieg eine zweite schwarze Rauchsäule auf. Oben wurden Neuankömmlinge herzlich willkommen geheißen. Hinten rannten Vermummte gruppenweise unter die Menge. Oben wurde Bianca Jagger begeistert angekündigt. Hinten zogen Tränengasschwaden herüber. Ich hatte genug. Auf endlosen Parkwegen, über eine vergessene Wehrbrücke im Süden, unter rostigen Bahnwaggonen und durch willkürliche Polizeikontrollen kam ich auch endlich zurück. Ich hatte genug.

Kai-Uwe Dosch, Sprecher des DFG-VK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen



Foto: Jürgen Gahrlein

zifistischer Seite abgelehnt würde. Im Gegenteil würde die Zusammenarbeit doch genau darin bestehen, Agents Provocateurs den Schutz der eigenen Leute zu bieten und sie dort ihren Auftrag ausführen zu lassen.

Nun führt die Friedensbewegung bei ihren Demonstrationen keine Zugangs-

### Augenzeugenbericht Straßburg

Am Samstag, 4. April, fuhren ein alter Freund und ich mit der Bahn nach Kehl, wo wir gegen 12 Uhr ankamen. Wir gingen zu Fuß über die Rheinbrücke, wobei unsere Ausweise kontrolliert wurden. Auf der anderen Rheinseite in Straßburg kamen uns bunt gekleidete Menschen mit Fahnen, aber auch schwarz gekleidete Menschen mit Mopedhelmen entgegen. Es war weit und breit kein uniformierter Polizist zu sehen. Direkt am Ende der Brücke standen einige Masten mit verschiedenen Flaggen. Ich erinnere mich an eine Nato-Flagge, eine französische und eine deutsche Nationalflagge. Sie wurden heruntergerissen. Auf der Brücke wurde etwas angezündet, was furchtlich rauchte und stank. Es war immer noch kein Polizist zu sehen. Nur die Europa-Brücke hinter uns war von deutscher Polizei gesperrt, indem Polizisten mindestens dreireihig über die gesamte Breite der Brücke standen, dahinter konnte ich vier Wasserwerfer erkennen. Dann wurden die Scheiben in der seit langem unbesetzten Grenzstation eingeworfen und das Haus in Brand gesetzt. Es kamen weder Feuerwehr noch uniformierte Polizei. Wir gingen in den Park am Rhein und gelangten zu dem Gelände, das für die Abschlusskundgebung der Demonstration eingerichtet war. Im vorderen Drittel bei der Bühne hielten sich einige Menschen auf. Es war weder unter ihnen noch am Rand des Geländes irgendwo ein Polizist zu erkennen. Hinter dem Gelände war eine Straße und auf der anderen Seite der Straße ein Hotel. Ich sah, wie einige Menschen, unter ihnen auch welche mit schwarzer Kleidung, die Scheiben des Hotels einwarfen. Einige zündeten vor dem Hotel Mülleimer an, andere gingen in das Hotel und kamen mit Stühlen und Tischen aus dem Hotel heraus, die sie in das Feuer warfen. Es war immer noch nirgends uniformierte Polizei zu sehen. Ob die schwarz gekleideten Menschen zu Organisationen irgendwelcher Art gehörten, war nicht zu erkennen. Etwas über eine Stunde nach dem ersten Feuer kamen dann viele uniformierte französische Polizisten in Polizeifahrzeugen angefahren. Die Polizei schoss Leuchtraketen ab und brachte Tränengas zum Einsatz. Das Tränengas verteilte sich über das Gelände für die Kundgebung. Wir verließen das Gelände schnell in entgegengesetzter Richtung, dennoch kam es zu Reizungen der Atemwege und Augen.

Axel Georges, DFG-VK-Gruppe Karlsruhe



Foto: Stefan Hühner

## Augenzeugenbericht Kehl

Leute, die sich mit den unangenehmsten und blödesten Aufgaben eines Events abgeben, verdienen zunächst mal großen Respekt. Den habe ich auch gegenüber den Organisationsleitern der Kehler Demo. Dennoch war diese Organisation und insbesondere die Informationspolitik gegenüber den Demonstranten suboptimal. Es darf nicht sein, dass einzig die Polizei die Demonstranten darüber informiert, was die Demoleitung unternimmt (z.B. mit der Polizei zu verhandelt). Diese Nicht-Information durch die Veranstalter hat m.E. dazu geführt, dass einige Demonstranten sich aggressiver verhalten haben, als es notwendig war (bei allem Verständnis für deren Frust und deren Wut). Offensichtlich war nicht klar, wie mit der festgefahrenen Situation vor der Europabrücke umzugehen sei. Diese Unsicherheit hat – so meine Beobachtung – dazu geführt, dass ein Wagen der Organisationsleitung, der eine Kundgebung von der Polizeibarriere entfernt vorbereiten sollte, von einem Demonstranten durch eine Sitzblockade behindert wurde. Eine Sitzblockade gegen die eigenen Leute habe ich bisher auf einer Demo noch nicht gesehen. Ich will diese Situation nicht überbewerten, aber sie zeigt dennoch die Konfusion und Überforderung der Demoleitung. Damit will ich nicht Schuld von den Herrschenden auf die Organisatoren abwälzen, aber dennoch sollte das so auf unserer nächsten Demo nicht mehr passieren.

Stephan Brües, *ZivilCourage*-Redakteur

kontrollen durch. Weder könnte sie das, noch sollte sie das tun. Die Veranstalter können sich aber darum kümmern, instruierte und vorbereitete Ordner zu stellen. Ordner braucht sie ohnehin, weil das regelmäßig eine behördliche Auflage ist. Dann würde es nicht wie bei

der Demonstration in Kehl passieren, dass jede und jeder, die/der nicht ausdrücklich „Nein“ gesagt hat, eine Ordnerbinde in die Hand gedrückt bekam, ohne dass sie/er die blasseste Ahnung gehabt hätte, wie sie/er sich in welchem Fall zu verhalten hätte oder wie sie/er z.B. Kontakt zur Demoleitung hätte herstellen können.

Was sich bei gewaltfreien Aktionen mit dem Bezugsgruppensystem als sehr positiv bewährt hat, könnte in modifizierter Form auch bei Demonstrationen praktiziert werden. Gerade eine Organisation wie die DFG-VK mit ihrer Mitgliederstruktur könnte dabei hilfreich. Bei der Demonstration in Kehl waren einige Dutzend DFG-VK-Mitglieder dabei. Diese in 3-er Gruppen und ausgestattet mit den Handnummern der anderen über die Demo verteilt...

**Wahrscheinlich wäre es klug gewesen, solche und weitere Fragen schon nach den Gewalttaten aus der Demo heraus im Rostocker Stadthafen anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vor zwei Jahren gründlich zu diskutieren und klare Entscheidungen zu treffen. Vielleicht wäre es dann gar nicht zu den „gruseligen“ Szenen in Straßburg gekommen? Spätestens aber jetzt sollte man das tun!**

Stefan Philipp ist *Chefredakteur der ZivilCourage*. 

## Augenzeugenbericht Kehl

Wir befanden uns an der Spitze des Ostermarsches, der von Kehl nach Straßburg führen sollte. Von der Demo-Leitung waren wir gebeten worden, darauf zu achten, dass es hier einigermaßen „geordnet“ zugeht und dass der lange Demonstrationzug von den offiziellen Transparenten angeführt wird. Das war keine einfache Aufgabe, da sich immer wieder andere mit ihren Transparenten und Fahnen nach vorne drängen wollten. Als unser friedlicher Marsch an der Rheinbrücke ankam, versperrten uns mehrere Ketten der deutschen Polizei den Weg. In der Nähe waren Wasserwerfer sowie weitere Polizei-Einheiten postiert. Das empfanden wir als eine bewusst gewollte massive Provokation, zumal uns das Passieren der Grenze zugesagt worden war. Eine Begründung für diese Sperrmaßnahme erfuhren wir nicht. Für uns war die hautnahe Konfrontation mit den Ordnungskräften eine recht schwierige Situation, zumal mehrere tausend DemonstrantInnen nachdrängten. Bei zuviel Druck von hinten hätten die behelmt und mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizisten sicher dagegen gehalten, und wir Vorderen hätten die Gewalt der Staatsmacht am meisten abbekommen. Zum Glück blieben die OstermarschiererInnen sehr ruhig und geduldig und warteten über zwei Stunden ab. Diese friedliche und gewaltfreie Haltung war schon sehr bewundernswert und hat letztendlich verhindert, dass die von der Polizeileitung bewusst herbeigeführte Provokation nicht auch noch gewaltsam eskaliert ist.

Sonnhild und Ulli Thiel, *DFG-VK-Gruppe Karlsruhe*



## Was sind unsere Grundrechte (noch) wert?

Nichts, wenn wir sie nicht offensiv verteidigen/Von Monty Schädel

**A**uch für langjährige und erfahrene Demonstrations-Veranstalter und TeilnehmerInnen brachten Vorbereitung und Durchführung der Proteste gegen den Nato-Gipfel Anfang April in Baden-Baden, Kehl und Straßburg einige überraschende Entwicklungen und Ereignisse und neue Fragestellungen und Erkenntnisse.

In diesem Beitrag soll jedoch nicht von den gesetzwidrigen gewalttätigen Ausschreitungen der Polizei oder den nicht weniger abzulehnenden gewalttätigen Aktionen schwarz Gekleideter in Straßburg die Rede sein, sondern von einer neuen Realität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Denn die Ereignisse machten deutlich, dass es der Polizei und der politischen Führung nicht um die Absicherung des Regierungsgip-

fels ging, sondern um die Verhinderung der Proteste – mit Maßnahmen, die in anderen Zusammenhängen eher dem „Unrechtsstaat DDR“ oder anderen „demokratiefernen Regierungen“ oder Diktaturen zugeschrieben wurden/werden. Demokratische Grundrechte wurden zu einem Gnadenerlass degradiert.

Es wird einige geben, die aus Erfahrung sagen werden, dass das gar keine „neue Realität“ sei, sondern langjährige Praxis. Denen möchte ich gar nicht widersprechen, aber zu bedenken geben: Dieses war jetzt erstmals für einen größeren Kreis erlebbar. Für Menschen, die bisher ohne (größere) Schwierigkeiten demonstrieren konnten und eben nicht erleben mussten, dass

■ man nicht zum Ort der Auftaktkundgebung gehen kann,

- die Demonstration ohne Grund von der Polizei angegriffen wird,
- auch so genannte polizeiliche „Konfliktmanager“ DemonstrantInnen verbal oder tätlich angreifen und so zur Eskalation beitragen,
- die Auflagen nicht nur eine Kooperation mit der Polizei vorsehen, sondern auch,
- die maximale Größe von Transparenten limitiert ist („nicht länger als 3 Meter“),
- der Mindestabstand zur Polizei festgelegt ist („mindestens 1,50 Meter“),
- die Gesichtsfarbe vorgeschrieben ist („keine Schminke“),
- bestimmte Kleidung verboten ist (keine „Halstücher“ oder „Kapuzenpullover“),
- nur bestimmte Fahnenstangen be-



nutzt werden dürfen („2 Zentimeter im Durchmesser“, „Kantenlänge 2 Zentimeter“),

- das Mitführen von Spielzeug verboten ist (keine „Wasserspritzpistolen“),
- bestimmte Fortbewegungsarten untersagt sind („nicht laufen und sprinten“),
- jeder Zwergpinscher ein gefährlicher Kampfhund sein kann („keine Hunde“) ...

Damit wird das Demonstrieren nicht nur behindert oder eingeschränkt, sondern (fast) unmöglich gemacht, ein Grundrecht im Kern tangiert.

### Nach diesem staatlichen Umgang

mit dem legitimen Protest muss sich die Friedensbewegung insgesamt und natürlich auch die DFG-VK mit den undemokratischen Auswüchsen der Polizei und anderer staatlicher Stellen auseinandersetzen. Sie sollten den Schutz so zentraler Grundrechte wie das auf freie Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit aktiv betreiben. Die Beschneidung von Grundrechten und die Einschüchterung freier BürgerInnen durch massive Polizeipräsenz darf nicht normal sein oder werden. Wer Grundrechte einschränkt oder solches rechtfertigt, ebnet den Weg in diktatorische Verhältnisse! Die regierungsamtliche Einrichtung von „No-go-Zonen“, der Angriff von Demonstrationen ist undemokratisch und muss Protest hervorrufen.

Andererseits müssen sich Friedensbewegung und DFG-VK davor schützen, dass ihre Aktionen und Proteste durch andere diskreditiert werden. Die vereinbarten Aktionsformen, müssen auch in Zukunft unseren Zielen und damit gewaltfreien Ansprüchen gerecht werden. Gerade aber nach den Ereignissen von Straßburg reicht es dann offensichtlich nicht aus, einen Konsens mit allen an der Vorbereitung beteiligten Gruppen über den friedlichen Verlauf der gemeinsamen Proteste zu formulieren. Es muss intensiv auch darüber diskutiert werden, wie bündnisferne Strukturen effektiv aus den gemeinsamen Protesten heraus gehalten werden können. Nach den jetzigen Erfahrungen wird es dazu nicht reichen, dies lediglich schriftlich zu proklamieren oder während der Demonstration über einen Lautsprecher-

wagen (sollte er denn da sein) zu erklären. Für friedliche und gewaltfreie Demonstrationen bedarf es vielmehr auch aktiver DemonstrantInnen, die motiviert, geschlossen und selbstbewusst Verstößen gegen den Konsens der Vorbereitungen begegnen. Wer die Demonstrations-Vorbereitung und -leitung oder engagierte DemonstrantInnen in der Demosituation allein lässt („Ich habe damit nichts zu tun“), trägt mit dazu bei, wenn sich Demonstrationen von der geplanten und vorbereiteten Form entfernen.

**Die Proteste in Baden-Baden,** Kehl und Straßburg haben aus meiner Sicht



Monty Schädel bei der Demonstration in Baden-Baden am 4. April

deutlich gemacht, dass wir mit den altergebrachten Vorbereitungen friedenspolitischer Proteste an Grenzen gelangt sind. Sowohl durch das undemokratische Agieren der staatlichen Verwaltungen und der Polizei als auch durch die Geiselnahme friedlicher DemonstrantInnen durch gewalttätige Störer (fast nur Männer) sind andere Vorbereitungsformen dringend notwendig. Zusagen mitorganisierender politischer Spektren wie auch der Polizei müssen bis zum Ende der Proteste belastbar und verlässlich sein. Trotz der Erfahrungen bei den jüngsten Ereignissen plädiere ich zwar auch weiterhin dafür, möglichst frühzeitig mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen, sich der Grenzen dabei aber immer bewusst zu sein. Die Vertreter, die Behörden und Polizei in Vorgespräche schickt, sind in der Regel nicht dieselben, die auch den Einsatz führen (eventuell mit anderer Motivation). Vertreter nicht-gewaltfreier politischer Strömungen sprechen in der Regel nicht für alle Teile dieses politischen Bereiches. Dabei lehne ich es ab, mit diesen Strö-

mungen und Behörden nicht zu reden. Nur wenn wir auch mit anderen politischen Spektren reden und versuchen, zu Vereinbarungen zu kommen, können wir gesellschaftliche Veränderungen in unserem Sinne erreichen. Deshalb versuchen wir, mit Politikern der die Bundeswehrkriege tragenden Parteien ins Gespräch zu kommen. Deshalb reden wir mit aktiven Soldaten (z.B. den Irak-Veteranen gegen den Krieg oder dem Darmstädter Signal). Deshalb fordern wir kriegführende Parteien auf, in Beratungen über die Beendigung von Feindschaften zu treten...

Gerade auch gewaltfreie Gruppen sind bei der Vorbereitung politischer

Aktionen darauf angewiesen zu wissen, auf welche Reaktion der anderen, der staatlichen Seite man sich einstellen muss. Bei vielen Aktionen, seien es Blockaden, Entzündungsaktionen oder auch Besetzungen, wurde das mit Kontakten zur Polizei im Vorfeld versucht. Doch was, wenn die Polizei gar nicht reden will? Was, wenn die Polizei zwar redet, sich dann aber nicht an Absprachen oder Zusagen hält? Was, wenn potenzielle BlockiererInnen sich auf einen öffentlichen Platz lediglich versammeln, ohne in der Nähe von Blockadezielen (Straßen, Häusern, Autos, Polizei) zu sein, und

von der Polizei lange vor der Aktion und aus einer Entfernung von 200 Metern bereits mit Tränengas angegriffen werden? Was, wenn selbst ARD-Journalisten den Hinweis geben, dass die DemonstrantInnen „froh“ sein können, von Polizei „nicht wie in Algerien“ behandelt worden zu sein?

**Es gibt in den nächsten Monaten** also viel zu tun, denn die nächsten Proteste werden nicht lange auf sich warten lassen. Das Wichtigste jedoch ist: Wenn wir nicht bereit sind, unsere Grundrechte auch in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen, werden andere diese Rechte bis zur Unkenntlichkeit verunstalten.

Deshalb: Organisieren wir die nächsten Proteste gegen Krieg, Rassismus, Sozialabbau und für die Grundrechte auf Leben, Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Kriegsdienstverweigerung

**Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK und war einer der Hauptorganisatoren der Proteste gegen den Nato-Gipfel.** 

# Gewaltfreiheit ist möglich

## Aktionen zivilen Ungehorsams in Straßburg/Von Andreas Speck

**W**ährend es am Nachmittag des 4. April in Straßburg zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einigen DemonstrantInnen – darunter wohl auch ProvokateurInnen – kam, fanden am Vormittag Aktionen zivilen Ungehorsams im Zentrum Straßburg statt, mit denen der reibungslose Ablauf des Nato-Gipfels zwar nicht verhindert, aber doch behindert werden konnte. Ziel von Block-Nato war es, so der Aufruf, „den Nato-Gipfel effektiv zu blockieren und zu stören, indem am Morgen des 4. April Tausende Menschen die Zufahrtswege zum Tagungsort in Straßburg besetzen und den Gipfel so von seiner Infrastruktur abschneiden“.

**Die Initiative Block-Nato** war am 14./15. Februar auf der Aktionskonferenz gegen die Nato in Straßburg gegründet worden. Sie stellte einen lockeren Zusammenschluss mehrere Initiativen dar, die gemeinsam eine Blockade des Nato-Gipfels in Straßburg anstrebten, darunter insbesondere die Interventionistische Linke, Solid, die französischen Desobeissants (Ungehorsamen), sowie die internationale Koalition Nato-ZU. An Nato-ZU – ein Wortspiel, ZU steht für zivilen Ungehorsam – waren u.a. die War Resisters' International (WRI), die DFG-VK, die belgische WRI-Sektion Vredesactie, der Bund für Soziale Verteidigung, die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden, der Friedenskreis Halle und andere beteiligt.

Innerhalb von Block-Nato gab es die Absprache, dass es „verschiedene Blockadepunkte mit verschiedenen Aktions- und Ausdrucksformen geben [wird], die sich solidarisch aufeinander beziehen werden und nur gemeinsam erfolgreich sein können.“ Auf einem Vorbereitungstreffen in Straßburg am 7./8. März wurden konkrete Absprachen zu den Blockadepunkten getroffen: Die Interventionistische Linke und solid würden die Sicherheitszone um das Kongresszentrum von Süden her blockieren, während Nato-ZU den nordöst-

lichen Zugang blockieren würde. Während es für den Süden einen öffentlich angekündigten Treffpunkt gab, von dem aus es möglich sein sollte, auch noch am Tag der Blockaden dazuzustoßen, setzte Nato-ZU voll und ganz auf das Konzept autonom aber gemeinsam agierender Bezugsgruppen, und beschloss daher, dass ein öffentlicher Treffpunkt nicht in dieses Konzept passen würde.

Am 1. April fand dann initiiert von Nato-ZU ein Treffen zwischen Block-Nato und der Straßburger Polizei statt. Bei diesem Treffen stellte Block-Nato das gewaltfreie Aktionskonzept vor, ohne im Detail auf die verschiedenen Blockadepunkte einzugehen. An die Polizei wurde die Forderung herangetragen, die Gewaltfreiheit von Block-Nato zu respektieren und auch nur mit angemessenen Mitteln zu reagieren. Dies wurde von der Polizei jedoch nicht zugesagt. Im Ge-

sandte. Und dort koordinierten die an Block-Nato beteiligten Initiativen auch ihren Polizeikontakt während der Aktion sowie den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Blockadepunkten, so dass es möglich war, einen Gesamtüberblick über die Aktion zu bekommen.

**Während der SprecherInnenrat** von Nato-ZU am Freitag entschied, dass alle Bezugsgruppen das Camp bereits am Freitag-Nachmittag oder -Abend verlassen würden, und die Nacht an verschiedenen Orten im Norden Straßburg verbringen würden, war der Plan von solid und der Interventionistischen Linken, schon sehr früh am Morgen – gegen 3 Uhr – vom Camp in Richtung des Treffpunktes aufzubrechen. So bewegten sich dann ca. 1.000 Personen vom Camp aus in Richtung Innenstadt und wurden

schon kurz nach Verlassen des Camps ohne jede Vorwarnung von der Polizei mit Tränengas beschossen. Das Konzept, sich nicht auf eine Eskalation einzulassen und eventuelle Polizeikontrollen zu umgehen, funktionierte jedoch: Die Gruppen zogen sich zurück und gelangten an der Polizei vorbei zu verschiedenen Blockadepunkten, wenn auch nicht unbedingt den geplanten.

Eine Blockade konnte in der Nähe des Place de la République, auf der Kreuzung der Avenue de la Paix und

der Avenue des Vosges errichtet werden, ein zweiter Blockadepunkt auf der Rue du Rhin. Beide Blockadepunkte wurden zu Anfang ebenfalls mit Tränengas beschossen, aber nicht geräumt. Nach einiger Zeit entspannte sich die Lage.

Die Bezugsgruppen von Nato-ZU hatten verabredet, dass jede Gruppe sich einen eigenen Weg zum verabredeten Blockadepunkt auf der Avenue Peres Mendes France suchen würde. Und so sah man kurz vor 7 Uhr in Schiltigheim zahlreiche kleine Grüppchen, die in Richtung Avenue Peres Mendes France unterwegs waren. Um Punkt 7 Uhr vereinigten sich diese Gruppen auf der vierspurigen Straße zu einer Blockade,



Foto: Ulrike Büchel/Gemains

genteil: Es wurde deutlich gemacht, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht geduldet würden und dass diese „nicht lange dauern“ würden. Der Einsatz von Tränengas und anderen Mitteln wurde nicht ausgeschlossen. Auch wenn dieses Ergebnis nicht überraschte, so wurde es doch als wichtig eingeschätzt, dass es dieses Treffen gab.

Im Camp hatten Block-Nato und Nato-ZU einen eigenen Bereich, in dem es Informationsveranstaltungen zu Block-Nato sowie täglich drei Trainingseinheiten gab. Dort konstituierte sich auch der SprecherInnenrat von Nato-ZU, in den jede der an Nato-ZU beteiligten Bezugsgruppen eine/n SprecherIn ent-



ohne der Polizei auch nur begegnet zu sein. Erst später tauchte dann Polizei auf, um die Lage zu erkunden, entschied sich aber, Abstand zu halten.

**Die Wirkung der Blockaden** ist schwer einzuschätzen. Bei der Nato-ZU-Blockade konnten einige deutlich als Delegationsfahrzeuge gekennzeichnete Autos beobachtet werden, die abdrehen mussten. Auch Delegationsmitglieder auf Fahrrädern wurden blockiert. Nach einem Bericht in der „Badener Zeitung“ führten die Blockaden zur Umleitung des Konvois der Staats- und Regierungschefs und störten die JournalistInnen, die den Gipfel beobachten wollten.

Wichtiger ist aber, dass es möglich war, trotz eines massiven Polizeiaufgebotes drei Blockaden in der Innenstadt zu etablieren und auch bei Tränengasbeschuss die vereinbarte Gewaltfreiheit aufrecht zu erhalten. Dies trotz massiver gewaltsamer Eskalationen bereits im Vorfeld des Samstages, und der deutlichen Ankündigung der Polizei, dass Demonstrationen in der Innenstadt nicht geduldet werden würden.

Im Angesicht der Ereignisse des Nachmittages ist es noch wichtiger, diese erfolgreichen gewaltfreien Aktionen nicht zu vergessen. Es gab in Straßburg nicht nur Gewalt und eine sich im Chaos auflösende Demonstration (aufgrund

massiver Polizeigewalt, aber auch von Gewalt aus den eigenen Reihen), sondern es gab auch gut vorbereitete und funktionierende gewaltfreie Aktionen, die bewiesen, dass gewaltfreier Protest möglich und wirksam ist.

*Andreas Speck arbeitet bei den War Resisters' International in London und war einer der Koordinatoren der Aktionen zivilen Ungehorsams in Straßburg. Weitere Informationen zu diesen Aktionen sowie Auswertungsartikel sind im Internet zu finden: [www.block-nato.org](http://www.block-nato.org), [www.nato-zu.de](http://www.nato-zu.de), <http://wri-irg.org/de/node/6991>*



## „Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken“

Interview mit dem Präsidenten des Internationalen Friedensbüros (IPB), Tomas Magnusson, und dessen Generalsekretär Colin Archer über die Anti-Nato-Proteste

**Wieso hat das IPB die Anti-Nato-Proteste unterstützt?**

Zunächst einmal haben wir ganz pragmatisch gesehen, dass an den Protesten eine Reihe unserer Mitgliedsorganisationen beteiligt waren. Die politische Begründung ist die Entwicklung der Nato im militaristischen System, in dem sie sich zunehmend als Hindernis einer weltweiten Friedensordnung darstellt. Wir betrachten die Nato als Werkzeug militärischer Gewaltanwendung unter Führung der USA, das die Vereinten Nationen und das Völkerrecht umgeht und auf allen Kontinenten Militärstützpunkte hat. Außerdem passen die Protestaktionen gut in unsere aktuelle Kampagne „Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“, in der die Rüstungsausgaben einen Schwerpunkt bilden. Die Nato-Staaten sind für 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich.

**Was verursachte eurer Ansicht nach die Gewalteskalation in Straßburg?**

Wir haben wir den friedlich Protestierenden gratuliert und sowohl die repressive Taktik der Polizei wie auch die sinnlose Gewalt des „Schwarzen Blocks“ verurteilt. In unserer Erklärung heißt es: „Die Ereignisse des vergangenen Wochenendes zeigen deutlich, was falsch läuft, nicht nur in Bezug auf die Nato, sondern auch in den so genannten demokratischen Gesellschaften Europas: Während die Nato-Oberhäupter und die europäische politische Elite sich in exklusivem Stil gütlich taten und eine weitgehend kriecherische Presse fast wört-

lich an ihren Lippen hing, wurde die Stadt unter Belagerung gestellt und ihre Bewohner ihrer Freiheiten und selbst der öffentlichen Transportmittel beraubt. Die Präsenz Tausender bewaffneter Polizisten sowohl im Stadtzentrum wie in den östlichen Stadtteilen, in denen die Demonstration stattfinden sollte, trug nur dazu bei, die Spannung zu erhöhen und jene zu provozieren, die sich auf die Anwendung von Gewalt vorbereitet hatten.“

**Kann man unsere Gesellschaften immer noch Demokratien nennen, wenn Protesten bei solchen Gipfelergebnissen derart viele Hindernisse in den Weg gelegt werden?**

Ja, aber wir könnten gezwungen sein, unsere Versammlungsorte sorgfältiger auszusuchen, vor allem bei Aktionen, die mit Gipfeltreffen auf Regierungsebene zusammenfallen. Ein Ausweg könnte darin bestehen, neue und innovative Protestformen zu finden, die dezentral ablaufen und nicht wie bisher Menschen anziehen, die unsern Grundwert der Gewaltfreiheit nicht teilen. Es gibt Tausende Möglichkeiten, in Demokratien – heute sogar in nicht-demokratischen Gesellschaften –, die eigene Stimme zu Gehör zu bringen, vor allem im Zeitalter des Internet, der Bürger-Journalisten und einer immer noch wachsenden Vielfalt von Organisationen und Projekten der Zivilgesellschaft. Problematisch ist, dass die Regierungen gelernt haben, diese Stimmen zu ignorieren, wenn sie entschlossen sind, ihre Politik durchzusetzen. Das erzeugt

Frustration und Zynismus. Der Abstand zwischen den Reichen und Mächtigen und denen am Fuß der Pyramide ist enorm, und das ist Treibsatz für Gewalt.

**Was kann getan werden, um künftige Proteste effektiver zu machen und Gewaltanwendung vorzubeugen?**

Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken, um unserem Grundrecht auf Protest sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es gibt Vieles zu verbessern und genug Anlass für kreatives Nachdenken. Beim G20-Gipfel in London hat z.B. die Benutzung mobiler Kameras die Wahrheit über die Brutalität der Polizei enthüllt. Sie könnte auch die Wahrheit über die Gewalt seitens der Protestierenden zeigen, was die andere Seite desselben Problems ist. Organisatoren solcher Demonstrationen könnten beispielsweise über große Transparente nachdenken, die deutlich verkünden „Das ist ein gewaltfreier Protest – also bitte keine Steine, kein Tränengas, keine Brandstiftung!“



Thomas Magnusson (links) und Colin Archer (rechts) gemeinsam mit Göran von Bonnisdorf, Ehrenpräsident der Finnischen Friedensunion

**Das Interview für die ZivilCourage führte Guido Grünewald, internationaler Sprecher der DFG-VK.**



# Überschattet von der Gewalt bei der Demo

„Nein zur Nato“-Konferenz in Straßburg/Von Kai-Uwe Dosch

Es war der Erfolg der Konferenz am 3. und 5. April bei Straßburg, die Vielfältigkeit der europäischen Bewegungen unter der Einigkeit über das Ziel „Nein zur Nato!“ zu versammeln. Quasi im Konzert mit Camp, Blockade und Demonstration sollte ihre Aufgabe darin bestehen, den Schwerpunkt auf Analyse und Strategie zu legen. Dieser Anspruch wurde nur zum Teil Wirklichkeit, zum Teil blieb es bei bloßen Informationen und Diskussionen. Doch alles andere wäre keine realistische Erwartung gewesen. Denn erstens handelte es sich um ein äußerst breites Bündnis von verschiedensten Gruppierungen. Zweitens war die Konferenz geteilt in einen Tag vor und einen nach der großen Demonstration. Und drittens wurde sie neben einigen Podien von sehr vielen Workshops geprägt.

**Das Geschehen wurde** am Freitagvormittag eröffnet von einem längeren Podium unter der umfassenden Überschrift „60 Jahre Nato – 60 Jahre Bedrohung des Friedens in der Welt. Eine kritische Bewertung der Nato und der Nato-Strategien in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Die Moderation übernahm Hannelore Tölke, die sich beim Ostermarsch Rhein/Ruhr und in der DFG-VK engagiert. Die Begrüßung oblag Lysiane Rolet von attac Frankreich und Reiner Braun von Ialana Deutschland, um die Transnationalität der Konferenz im Grenzgebiet zu unterstreichen.

Die eigentliche Diskussion wurde von drei Referaten bestimmt. Zunächst sprach Phyllis Bennis, Mitarbeiterin am „Transnational Institute“ und am „Institute for Policy Studies“ in Washington und Experte für die US-Politik im Mittleren Osten. Sie forderte sie nicht nur eine vollständige Beendigung der militärischen Intervention im Irak, sondern auch eine Entschädigung hierfür. Sodann berichtete Jan Tamas von seinem Engagement (einschließlich Hungerstreik) gegen den Raketenabwehrschild in Tschechien im Be-

sonderen und Militärbasen im Allgemeinen. Er meinte, dass diese Bewegung zum Sturz der Regierung in Tschechien beigetragen habe und auch in anderen Nato-Ländern dazu beitragen könne. Schließlich betonte Sophie Zafari von der französischen Bildungsgewerkschaft Fédération Syndicale Unitaire die Verbindung zwischen Militarismus und Kapitalismus.

Die beiden prominentesten ReferentInnen, die auf diesem Podium sprechen sollten, konnten jedoch leider nicht rechtzeitig am Tagungsort ankommen. Tariq Ali, der aus Pakistan stammt, hätte die realen Konflikte zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ thematisieren können. Und Bianca Jagger, die aus Nicaragua stammt, wäre für einen breiten Ansatz eingetreten, der Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz verbindet. An ihrer Stelle kam so Malalai Joya zu Wort, die 2005 als jüngste Frau ins afghanische Parlament gewählt wurde und 2007 von diesem wegen ihrer Kritik an

Kriegsdienstverweigerung und Soldatenwiderstand sowie dessen Unterstützung in den USA und in Deutschland. Es referierten Matthis Chiroux von den US-amerikanischen Iraq Veterans against the War und Elsa Rassbach sowie Kai-Uwe Dosch von der DFG-VK. Die Diskussion drehte sich um die Frage, wie europäische bzw. deutsche Friedensbewegte US-Soldaten ansprechen und unterstützen können. Als Ideen für mögliche Antworten wurden u.a. Sticker, „GI Coffee Houses“ und kommunales Asyl für Deserteure genannt. Der Workshop „Nato, Russland und die Osterweiterung“ stellte eine Gesprächsrunde mit Teilnehmern aus Russland, Georgien, der Ukraine, Armenien, Rumänien und Deutschland dar, der von Hannelore Tölke moderiert wurde.

**Am Sonntag waren dagegen** keine Workshops, sondern nur noch Plena geplant, die jedoch etwas anders als gedacht verliefen. Alle Diskussionen standen unter dem starken Eindruck des Geschehens auf der Demonstration am Samstag. Das erste Podium unter der Überschrift „60 Jahre Nato sind mehr als genug. Nato abschaffen – für eine gerechte Welt ohne Krieg“ sollte eine Zusammenfassung der Diskussionen vom Freitag und die Diskussion über verschiedene Ansätze für ein Welt ohne Nato bieten.

Abgesehen davon, ob dies realistisch gewesen wäre, sprach nur ein einziger der angekündigten ReferentInnen: Joseph Gerson, Leiter des Peace and Economic Security Programms der Quäker in den USA, schaffte es jedoch recht

gut, den Bogen zu spannen von der Gewalt sowohl der Polizei als auch des Schwarzen Blocks in Straßburg zur Gewalt des Nato-Militärs im Irak, in Afghanistan und auch in Pakistan. Die PolitikerInnen Jean Ziegler aus der Schweiz, Anders Ferm aus Schweden und Lidia Menapace aus Italien wurden entschuldigt. An ihrer Stelle sprach Christiane Reymann (Die Linke, Deutschland) über die enge Verbindung von bewaffneter und



US-KDVer Matthis Chiroux und die afghanische Politikerin Malalai Joya

anderen kriminellen und fundamentalistischen Parlamentariern ausgeschlossen wurde.

Nach dieser Eröffnung stand der Tag ganz im Zeichen von vielen parallelen Workshops, die in drei Zeitschienen durchgeführt wurden. Die DFG-VK hatte hier zwei Veranstaltungen direkt mitorganisiert. Bei dem Workshop „Widerstand gegen das Militär, Widerstand im Militär“ ging es um Anti-Rekrutierung,



männlicher Gewalt, die sowohl bei Regierungen als auch bei Autonomen zu sehen sei.

Anschließend stellte Reiner Braun im Namen des internationalen Koordinierungsgremiums der Straßburger Protestaktivitäten deren Erklärung zum Vortrag dar. Zwar verurteilte auch er die Gewalt des Schwarzen Blocks, doch betonte er die alleinige Verantwortung der Regierungen und vermied alle (Selbst-)Kritik der Demonstration. Den Schluss- und Höhepunkt des Vormittags bildeten die afghanische Politikerin und der US-amerikanische Kriegsdienstverweigerer Matthis Chiroux, die sich gegenseitig in einem äußerst bewegenden Augenblick als Zeichen der Versöhnung Friedens-tauben ansteckten. Matthis entschuldigte sich bei Malalai für das, was er und das ganze US-Militär ihr und der afghanischen Bevölkerung angetan haben. Malalai verwies darauf, dass nicht Matthis, sondern seine Regierung sich bei ihnen beiden entschuldigen sollte.

Aus Zeitgründen wurden am Nach-

mittag das Podium zum Verhältnis von Parteien und sozialen Bewegungen sowie die Anti-Kriegs-Versammlung zum Erfahrungsaustausch und zur Kampagnenplanung zusammengelegt. Moderiert wurde diese Veranstaltung von der britischen Politologin und CND-Vorsitzenden Kate Hudson sowie vom linken deutschen Europaabgeordneten und DFG-VK-Aktiven Tobias Pflüger. Hier gab es einige so genannte gesetzte Redebeiträge, vor allem von VertreterInnen von Gruppierungen aus dem Koordinierungsgremium, und dann eine offene Redeliste. So sprachen Wolfgang Gehrcke (Die Linke, Deutschland), Jean Marie Harribey (attac, Frankreich), Petros Constantion (Stop the War Coalition, Griechenland) und John Rees (Stop the War Coalition, Großbritannien).

Vor allem die beiden Vertreter der Stop the War Coalition rechtfertigten das Verhalten des Schwarzen Blocks, der griechische Redner forderte sogar „unbedingte Solidarität mit dem Widerstand in Gaza“. Dagegen riefen einige

Aktive zur Gewaltfreiheit auf. Besonderen Beifall erhielten Mitglieder der Friedensbewegung aus Japan, Georgien und der Ukraine. Denn: „Es ist sicher leichter und wichtiger, den Nato-Eintritt zu verhindern als den Austritt durchzusetzen.“

Neben den erwarteten kleineren Problemen bei einer solchen transnationalen Konferenz bleiben Kritikpunkte an der Organisation bestehen: Erstens ist es peinlicher, Prominente wie Bianca Jagger oder Jean Ziegler erst anzukündigen und dann zu entschuldigen, als gleich auf sie zu verzichten und die reden zu lassen, die Wichtigeres zu sagen haben. Zweitens ist es fraglich, warum die antimilitaristische und pazifistische Bewegung ein Bündnis mit Partnern benötigt, die ihren Grundsatz der Gewaltfreiheit wenn nicht aus strategischen, dann wenigstens aus taktischen Gründen teilt.

*Kai-Uwe Dosch ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.*



## Eine Welt ohne Nato

... wäre auch nicht besser/Von Tommy Rödl

„S ie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden...“ (aus dem Aufruf „Nein zum Krieg – nein zur Nato“)

Die Nato ist ein Bündnis von Staaten bzw. Regierungen, kein eigenständiges Wesen. Die Nato tut nichts, was die Regierungen der Mitgliedsstaaten nicht auch tun wollen. (Abgesehen davon, dass schwächere Staaten in der Nato nicht umhin können, das zu tun, was „die Großen“ wollen; aber sie sind ja freiwillig dabei). Die Personifizierung der Nato lenkt ab von der Verantwortlichkeit der Parteien und Interessengruppen innerhalb der Mitgliedsstaaten, die eine bestimmte Politik wollen, z.B. die Zerschlagung Jugoslawiens, die Expansion der Nato nach Osten, den Einmarsch in Afghanistan usw. „Die Nato“ für Kriege, Kriegspolitik, Aufrüstung und Militarisierung verantwortlich zu machen, lenkt ab von der Verantwortung der deutschen Politik bzw. der deutschen Parteien, die eine offensive militärische Außenpolitik wollen und dies in der Nato durchsetzen. Deutsch-

land ist nicht unschuldiges Opfer einer „Nato“, sondern treibende Kraft in dieser Organisation.

Kern der „nordatlantischen Verteidigungsorganisation“ ist der Artikel 5, die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand bei einem Angriff auf das Territorium der Vertragsstaaten. Die Nato war das wichtigste Instrument der USA, um ihre Machtposition in Europa abzusichern und den sozialistischen Machtblock einzudämmen und zurückzudrängen. „Roll Back“ war das eigentliche Konzept, das ist mehr als Verteidigung. Über die politischen und militärischen Strukturen der Nato ist das Oberkommando der USA fixiert.

Die Nato war und ist das Bündnis der reichen Staaten des Nordens mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung zu Absicherung ihrer globalen Machtpositionen. Das Bündnis richtete sich gegen den gemeinsamen Gegner „im Osten“ und ermöglichte den ehemaligen europäischen Kolonialmächten sowie der neuen Supermacht USA, ihre weltweiten wirtschaftlichen und machtpolitischen

Interessen „im Süden“, d.h. in Afrika, Nahost und Asien bzw. in Lateinamerika und im pazifischen Raum weiter zu verfolgen. Das bedeutete die Unterstützung von kapitalismusfreundlichen, teils korrupten und teils diktatorischen Regimes, die Verhinderung bzw. die Beseitigung von sozialistischen Regimes mit politischen, ökonomischen oder geheimsdienstlichen Methoden, mit Waffenlieferungen und Militärausbildung oder auch mit Interventionskriegen.

Häufig wird von der „Neuen Nato“ gesprochen, ohne diese globale machtpolitische Komponente der „Alten Nato“ zu sehen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und der WVO (Warschauer Vertragsorganisation) hätte sich die Nato auflösen müssen. An die Stelle der beiden Militärböcke hätte die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ treten können.

Die Bombardierung Jugoslawiens zur Beseitigung des Regimes und zur „Integration“ Restjugoslawiens in den kapitalistischen europäischen Wirt-

schaftsraum war die Machtdemonstration der „Neuen Nato“. Sie wurde damit offensiv, ohne Mandat der Uno und gegen den Willen der Vetomächte Russland und China eingesetzt. Die Nato hat sich faktisch über die Uno gestellt und behält sich das Recht vor, überall dort zu intervenieren, wo die Nato-Regierungen es für richtig halten

**Mit der Ausdehnung** der Nato und der Ausweitung ihrer Aufgaben sind aber auch die Widersprüche zwischen den Nato-Staaten gewachsen. Nach den Anschlägen vom September 2001 wurde zwar der Bündnisfall ausgerufen. Die USA führten den Krieg gegen Afghanistan aber alleine bzw. später mit einer „Koalition der Willigen“ ohne Mitwirkung der Nato. Teile der Mitgliedsstaaten unterstützten den Krieg der USA gegen den Irak nicht. „Alte Europäer“ und „neue Europäer“ vertreten unterschiedliche Interessen.

Das zeigt sich auch im Umgang mit dem Atomwaffenprogramm des Iran, mit dem Projekt der Raketenabwehr und jüngst in den Reaktionen auf den Krieg zwischen Georgien und Russland. Die neuen Nato-Staaten in der Nachbarschaft Russlands (bzw. die Parteien und Eliten, die jetzt dort an der Macht sind) haben andere historische Erfahrungen mit Russland bzw. der Sowjetunion gemacht und betonen die Frontstellung gegen Russland. Frankreich und Deutschland betonen die Wichtigkeit guter Beziehungen (mit graduellen Unterschieden zwischen den hiesigen Parteien). Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten – Rohstoffe und Exporte – liegen auf der Hand.

Die Widersprüche zeigen sich weiter in der Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung des Kosovo und in der Frage der weiteren Expansion der Nato. Sarkozy-Frankreich ist nicht in die Militärstruktur (= Unterordnung unter einen US-Befehlshaber) der Nato zurückgekehrt, um den USA in den Hintern zu kriechen, sondern um innerhalb dieser Strukturen seine Interessen effektiver vertreten zu können. Daher will die Nato bei zukünftigen Interventionskriegen vom Konsensprinzip abweichen – mitreden soll nur noch der, der sich an Interventionen beteiligt.

**Im Grundlagenvertrag für die EU** verpflichten sich die Vertragsstaaten, ihre militärische Stärke auszubauen. Militärische Kommandostrukturen, eine Rüstungsagentur und eine gemeinsame Ein-

greiftruppe werden aufgebaut. Damit werden die Weichen gestellt für eine europäische Militärmacht, die unabhängig von den Strukturen der Nato und ohne Kontrolle durch die USA eingesetzt werden kann.

Eine eigenständige „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ wurde jahrzehntelang gefordert. Die Diskussionen zwischen „Atlantikern“ (= USA-Freunde) und „Europäern“ wurden alle Jahre auf der Sicherheitskonferenz in München geführt. Eine europäische Rüstungsindustrie, die in allen wesentlichen Bereichen von Technologie und Know-how der USA unabhängig und mit der US-Rüstungsindustrie technisch konkurrenzfähig ist, wurde in den letzten Jahrzehnten aufgebaut (z.B. der Konzern EADS).

Die Bestrebungen nach politischer, ökonomischer und militärischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den USA werden versteckt hinter den rituellen Beschwörungen von Treue und Freundschaft mit den USA.

Die BRD hat unter dem Deckmantel der Einordnung in die Nato systematisch die eigenen militärischen Fähigkeiten (und die zugehörige Rüstungsindustrie) aufgebaut, eigene Atomwaffen gefordert, gegen den Atomwaffensperrvertrag opponiert und kräftig zur Weiterverbreitung von Atomwaffen-Know-how beigetragen.

Offensichtlich sehen Teile der europäischen Eliten ihre Interessen in der Konkurrenz um Rohstoffe und Märkte nicht im Einklang mit den Interessen der US-Konzerne und ihrer Marionetten.

Eine größer werdende Nato wird Schwierigkeiten haben, einen Konsens über offensive Aktionen herzustellen. Das große Gerede über eine „neue Strategie“ darf darüber nicht hinwegtäuschen, das haben wir vor 10 Jahren auch schon gehört. Es war der US-Präsident Bush, der die Nato durch seine Alleingänge am effektivsten beschädigt hat. Vielleicht wird die Nato ja auch zu einem politischen Forum, in dem Amerikaner und Europäer ihre Interessen abstimmen?

Was „die Nato“ in Zukunft wird, hängt ab von der Politik der Regierungen, und nicht zuletzt davon, wie weit die Friedensbewegungen der Mitgliedsstaaten der Nato militärische Politik verhindern können.

**Richtige Demo, schlechter Aufruf:** Eine Demonstration bzw. eine große Kundgebung für Frieden und Abrüstung

aus Anlass der 60-Jahres-Jubelfeier der Nato-Staaten ist richtig und notwendig. Doch es müsste eine Demonstration für Frieden, Gerechtigkeit und weltweite Abrüstung sein!

Das schwächste an dieser notwendigen Veranstaltung ist vermutlich der Aufruf „Nein zum Krieg, Nein zur Nato“, den neben der DFG-VK das Netzwerk Friedenskoooperative, der Kasseler Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und damit die namhaften Dachorganisationen der deutschen Friedensbewegung unterstützen.

In diesem findet sich diese Personalisierung der Nato, viele richtige Kritik an den Kriegen der Nato-Staaten, viele richtige Aussagen, aber leider keine Ansätze einer Analyse der Nato, keine klare Aussage, was aus all der Kritik an „der Nato“ folgt und keine politischen Handlungsperspektiven.

„Nein zur Nato“, „Eine Welt ohne Nato ist nötig“ – was bedeutet das? Fordert die Demo die Auflösung der Nato? Fordern wir die Kündigung des Nato-Vertrags durch die BRD? Hat die Friedensbewegung vor, diese Auflösung bzw. Kündigung dann auch politisch weiter zu verfolgen und Konzepte zu entwickeln, wie diese Auflösung durchzusetzen sei? Oder ist das alles in ein paar Monaten wieder vergessen?

Im Aufruf steht: „Das Ende der Nato wäre ein Schritt zu einer friedlichen Welt!“ Hier muss ich leider widersprechen. Der Angriff der USA und einer jeweiligen Koalition auf Irak und Afghanistan erfolgte ohne relevante Mitwirkung der Nato. Eine Welt ohne Nato (als Organisation) wäre weiterhin hochgerüstet und kriegerisch, Dutzende regionale Kriege würden weiter geführt werden, die USA als globale Macht könnte weiterhin überall eingreifen. Regionale Mächte wie Israel, China, Russland oder Indien können weiter ihre Kriege führen. Was wäre gewonnen? Nichts!

Die Forderung nach Auflösung der Nato ist keine hinreichende Forderung. Zumindest müsste die Forderung nach weltweiter, allgemeiner und vollständiger Abrüstung dazu kommen.

Ist die Forderung nach Auflösung der Nato auch eine notwendige Forderung?

Nein. Politischer Widerstand gegen Militärinterventionen (z.B. in Spanien gegen die Beteiligung Spaniens im Irak), Abrüstungsschritte der Mitgliedsstaaten, Kürzung der Rüstungsausgaben, Schaffung von politischen und parlamentarischen Mehrheiten gegen offensi-



ve Militäraktionen, Schaffung von atomwaffenfreien Zonen usw. usf. könnten eine Nato dahin bringen, wo sie einst war: Ein Bündnis, das sich auf die kollektive Verteidigung vorbereitet in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen (und jeder Staat, der das Potenzial dazu hat, seine Kriege auf eigene Faust führt, im Widerspruch zur Charta). Das war auch keine schöne Welt, aber es gab und gibt die Möglichkeit für Friedenspolitik in dieser Welt, unabhängig von der Existenz der Nato.

**„Nein zum Krieg** – Nein zur Nato – Militär abschaffen“ wäre eine sinnvolle Lösung, eine notwendige Forderung. Wie machen wir das? Die Bundeswehr verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, Rüstungshaushalt senken, die Atomwaffen aus Deutschland beseitigen als ersten Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt, Rüstungsexporte stoppen, zivile Konfliktbearbeitung aufbauen... Zusammenfassend: Schritte zur Abrüstung durchsetzen.

Das kommt dem geneigten Leser vielleicht bekannt vor, vielleicht sagen die Verfasser des Aufrufs, das sei doch selbstverständlich? Meines Erachtens gehört diese politische Perspektive in so einem Aufruf formuliert und ausdrücklich „unsere“ Regierung, der deutsche Bundestag als Adressat genannt. Darin liegt unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, hier für eine andere Politik zu arbeiten – in dem Bewusstsein, dass in allen anderen Staaten der Nato Menschen bzw. Friedensorganisationen ebenfalls für diese Ziele arbeiten.

Eine personifizierte, mystifizierte Nato als Ursache und Quelle der Kriegspolitik aufzubauen, ist politischer Blödsinn. „Die Nato“ ist kein Adressat für politische Forderungen.

„Militär abschaffen“, „Bundeswehr abschaffen“ – „das ist doch unrealistisch, dafür gibt es doch keine Mehrheiten in der Bevölkerung“... Wie oft habe ich das gehört, als wir noch „BRD ohne Armee“ gefordert haben. (Nach wie vor eine programmatische Forderung der DFG-VK! Die Kampagne Schritte zur Abrüstung wurde von mir so konzipiert, dass die Abrüstungsschritte einst zur Abschaffung der Bundeswehr führen sollen). Also eins gemerkt: Unrealistische Forderungen darf man nicht aufstellen.

Wird es für die Forderung nach Abschaffung der Nato politische Mehrheiten in Deutschland geben? Unwahrscheinlich nach allen bekannten Meinungsumfragen. Also ist doch die „Ab-

schaffung der Nato“ unrealistisch. Wieder eins gelernt: Es hängt wohl davon ab, wer eine Forderung vertritt.

Aber für die genannten Schritte zur Abrüstung – Atomwaffen abziehen, Wehrpflicht abschaffen, Rüstungshaushalt senken – gibt es Mehrheiten. Was ist also ein realistischer Politikansatz?

Selbstverständlich wäre es möglich, konkrete und auch positive Perspektiven mit dem Protest gegen die Politik der Nato-Staaten zu verbinden.

Es gibt einen internationalen Appell – bei einem Treffen Anfang Oktober letzten Jahres in Stuttgart verabschiedet –, der zwar auch die Schlagzeile trägt „Nein zum Krieg – Nein zur Nato“. Darin heißt es: „Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab. ... Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren. ... Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.“

Na also, geht doch. Hier sind konkrete Forderungen der Schritte-zur-Abrüstung-Kampagne enthalten. Sätze dieser Art hätte ich gerne in dem Aufruf gelesen, den die DFG-VK verbreitet hat.

**Der erstgenannte Aufruf** wurde dem Bundesausschuss der DFG-VK zum Abnickeln vorgelegt – da war er längst verkündet und verbreitet, eine Diskussion fand nicht statt. Es gibt kein politisches Konzept hinter der Anti-Nato-Rhetorik. Mal wieder eine große Demo – das ist alles. Der zuletzt zitierte Aufruf zeigt, dass eine Verbindung zur Schritte-zur-Abrüstung-Kampagne möglich wäre. Immerhin wurde in der zweiten Auflage des DFG-VK-Mobilisierungsfaltblatts ausführlicher auf DFG-VK-Politik hingewiesen. Aus der Diskussion heraus habe ich ein Faltblatt entwickelt, das demnächst erscheint: „Die Nato überwinden – Schritte zur Abrüstung gehen“ (Bezug über [www.schritte-zur-abruerstung.de](http://www.schritte-zur-abruerstung.de))

**Tommy Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern und Kampagnenbeauftragter der DFG-VK.**



## DFG-VK

**Bundesweites KDV-Seminar der DFG-VK für KDV-BeraterInnen und am Thema Kriegsdienstverweigerung Interessierte**

**Termin: Samstag, 13. Juni, 11:30 – 17:00 Uhr**  
**Ort: Frankfurt am Main, Ökohaus, Kasseler Straße 1A** (3 Gehminuten entfernt von der S-Bahn-Station Frankfurt-West)

Über Grundsätze und Ziele ist sich die DFG-VK bezüglich des Themas Kriegsdienstverweigerung einig: Das Recht auf KDV ist ein Menschenrecht und muss national wie international ohne Einschränkung gelten. Und: Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur vollen Geltung des KDV-Rechts ist in Deutschland und international die Abschaffung aller Militär- und Zwangsverpflichtungen zum Kriegsdienst. Was heißt das aber für konkrete KDV-Politik der DFG-VK? Während die Einen mit der mangelnden „Wehrgerechtigkeit“ (die das Bundesverfassungsgericht als Voraussetzung für die Wehrpflicht fordert) argumentiert, lehnen die Anderen eine solche Argumentation ab, weil die DFG-VK auch dann gegen die Wehrpflicht sein müsste, wenn sie nach formalen Kriterien „gerecht“ durchgeführt würde. Während die Einen Kriegsdienstverweigerer so beraten, dass sie nach Artikel 4 Abs. 3 Grundgesetz staatlich anerkannt werden (mit der Folge, dass sie den Zivildienst als Teil der Wehrpflicht ableisten müssen), lehnen andere jeden Ersatzdienst ab, setzen sich für Totale Kriegsdienstverweigerer ein und beraten auch in Richtung der legalen Vermeidung aller Kriegs- und Zwangsdienste.

Bei dem Seminar soll es darum gehen, unterschiedliche Positionen mit einander ins Gespräch zu bringen und zu überlegen, wie eine „konsistente“ DFG-VK-Strategie aussehen könnte.

Programm:

1. Aktuelles aus dem KDV-Bereich: KDV-Zahlen 2009; Bericht über die KDV-Beraterschulung der Zentralstelle KDV
2. Grundsätzliche Überlegungen zu Selbstverständnis, Ziel und Methodik der KDV-Beratung. Diskussion über den Artikel von Michael Hofferbert in „Forum Pazifismus 4/08“. (Kann in der BGS angefordert werden; auch abrufbar unter: [www.forum-pazifismus.de/Download/FP-20-Hofferbert.PDF](http://www.forum-pazifismus.de/Download/FP-20-Hofferbert.PDF))
3. Totale Kriegsdienstverweigerung. Bericht vom (zeitgleich stattfindenden) TKDV-Treffen in Frankfurt (Referent ist angefragt)

**Anmeldung bitte bis spätestens 10. Juni** an die

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle  
Kasseler Straße 1A  
60486 Frankfurt  
Telefon 069-27298231  
Telefax 069-27298232  
eMail [kdv-seminar@dfg-vk.de](mailto:kdv-seminar@dfg-vk.de)